

Harte Zeiten für den Mittelstand

Die Konjunkturschwäche trifft die deutsche mittelständische Wirtschaft hart. Angesichts ihrer Inlandsorientierung leiden die kleinen und mittleren Unternehmen vor allem unter der schwachen Binnennachfrage in Deutschland. Dies ist ein Ergebnis des neuen MittelstandsMonitor.

In Deutschland zählen mehr als 99 Prozent aller Unternehmen zum Mittelstand. Trotz der enormen volkswirtschaftlichen Bedeutung, die kleine und mittlere Unternehmen somit haben, ist deren wirtschaftliche Lage in den amtlichen Statistiken nicht erkennbar. Deshalb haben sich die DtA, das IfM Bonn, der Verband der Vereine Creditreform und das ZEW einer Initiative der KfW-Bankengruppe angeschlossen, um einmal jährlich einen gemeinsamen Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen herauszugeben: den „MittelstandsMonitor“.

■ Im Westen Deutschlands kam es im Jahr 2002 zu einem kräftigen Abschwung in der mittelständischen Wirtschaft. Die Mittelstandskonjunktur in den neuen Ländern blieb zwar relativ stabil, allerdings auf dem niedrigen Niveau, das bereits im Jahr 2000 erreicht worden war. Für das laufende Jahr gehen die am MittelstandsMonitor beteiligten Institute davon aus, dass die Mittelstandskonjunktur nicht nennenswert an Fahrt gewinnt.

Neben der derzeitigen Konjunkturlage stellen vor allem Finanzierungsfragen den Mittelstand vor Herausforderungen. Sie werden von Mittelständlern häufig noch nicht mit der erforderlichen Intensität und Professionalität behandelt. Der Kenntnisstand etwa in einer so zentralen Frage wie Basel II ist vor allem bei kleinen Unternehmen noch nicht ausreichend. Mit den Vereinbarungen zu Basel II will der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht die Stabilität des internationalen Finanzsystems steigern. Dazu sollen die Risiken im Kreditgeschäft besser erfasst und die Eigenkapitalvorsorge der Banken risikogerechter ausgestaltet werden.

Im Gefolge des Strukturwandels auf den Finanzmärkten und im Bankensektor steht der Mittelstand jedoch vor weitreichenden Veränderungen seiner Finanzierungsstruktur: Er wird um eine Verbesserung seiner Eigenkapitalausstattung nicht umhin kommen. Der klassische Bankkredit wird, neben der Innenfinanzierung, weiterhin das wichtigste Finanzierungsinstrument bleiben – wobei moderne Rating-Verfahren eine dem jeweiligen Kreditrisiko angemessene Zinsmarge ermöglichen werden (siehe auch Seite 5). Die Konsequenz ist eine zunehmende Konditionenspreizung bei Unternehmenskrediten. Diese Entwicklung wird von Basel II forciert, jedoch nicht verursacht.

Viele Unternehmen, die wegen ihres hohen Risikos bisher faktisch von der Kreditvergabe ausgeschlossen waren, sollten künftig leichterem Zugang zu Krediten erhalten, dann allerdings zu risikogerechten Zinsen. Von den Mittelständlern selbst sind mehr Offenheit und Transparenz gegenüber den Kreditinstituten gefragt.

Neu gegründete Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbs-

fähigkeit und technologischen Erneuerung. Seit 1999 gehen jedoch die Gründungen zurück. Wesentliche Ursache hierfür ist das ungünstige konjunkturelle Umfeld. Der Saldo aus Gründungen und Liquidationen ist zwar noch positiv, hat sich aber deutlich verringert. Der Unternehmensbestand wächst damit nicht mehr so stark wie in den 90er Jahren. Die Zahl der Gründungen in High-tech-Branchen ist trotz der gedämpften Konjunktur und einer Krise in der Querschnittsbranche Informations- und Kommunikationstechnologien aber immer noch fast genau so hoch wie zur Mitte der 90er Jahre. Aus dem Gründungsgeschehen kommen somit Impulse für einen Strukturwandel zu „modernen“ Branchen.

Die Innovationsaktivitäten der deutschen Wirtschaft konzentrieren sich im

In dieser Ausgabe

Harte Zeiten für den Mittelstand	1
Deflation in Deutschland nicht in Sicht . . .	2
Kapitalverteilung in EU-Regionen: Schlechte Karten für die Peripherie	3
Mehr umweltfreundliche Innovationen durch EG Umwelt-Audit-System	4
Finanzierungsrestriktionen von FuE und die Rolle der Technologiepolitik	5
ZEW-Konferenz	6, 7
ZEW-Termine	7
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	8
ZEW-Intern	9
ZEW-Neuerscheinungen	9, 10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

ZEW-Forschungsergebnisse

internationalen Vergleich überdurchschnittlich stark auf das verarbeitende Gewerbe. Allein auf den Automobilbau entfallen rund ein Viertel aller FuE-Aufwendungen in Deutschland. Diese Schiefelage macht deutlich, dass der Mittelstand seine Innovationsanstrengungen verstärken muss. So liegen vor allem in den unteren Größensegmenten der mittelständischen Unternehmen die Innovatorenanteile bisher deutlich unter dem Durchschnitt der Wirtschaft insgesamt. Mehr Innovationsaktivitäten des Mittelstands würde auch die für Innova-

tionsprojekte aufgewendeten Mittel erhöhen, denn innovierende kleine und mittlere Unternehmen geben einen höheren Anteil ihres Umsatzes für FuE und Innovationen aus als große Unternehmen.

Mehr Innovationsaktivitäten des Mittelstands sind aber nur zu erwarten, wenn zuvor insbesondere die kleine Unternehmen betreffenden Innovationshemmnisse abgeschwächt werden. Zu nennen sind hier vornehmlich: die unzureichenden Möglichkeiten der Fremdfinanzierung, das fehlende Eigenkapital, die mangelhafte Absorptionsfähigkeit für

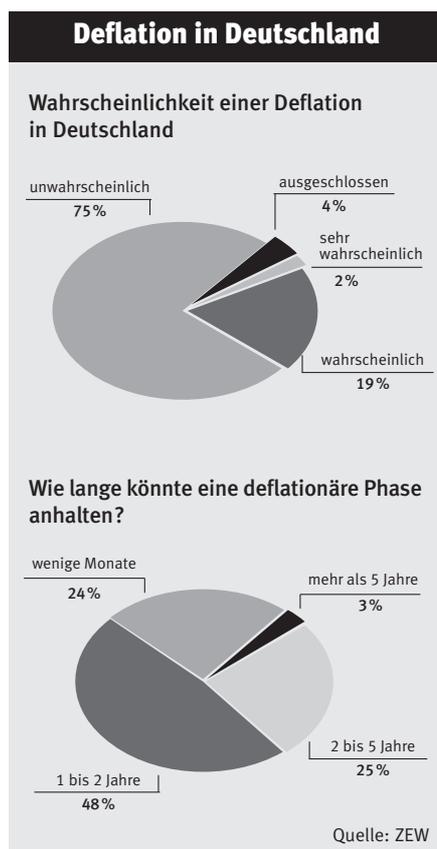
externes Know-how, die ungünstigere Position im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter und das Risiko des Bankrotts, wenn ein teures Innovationsprojekt fehlschlägt. Die Abschwächung dieser Innovationshemmnisse und die in Folge bessere Erschließung des Innovationspotenzials von kleinen und mittleren Unternehmen ist eine zentrale strukturpolitische Aufgabe.

Der MittelstandsMonitor 2003 ist auf den Internet-Seiten des ZEW abrufbar: www.zew.de

Jürgen Egel, egeln@zew.de

Deflation in Deutschland nicht in Sicht

Die Frage, ob Deutschland wie Japan in eine deflationäre Phase, also in einen anhaltenden Preisverfall abgleiten könnte, wird immer wieder diskutiert. Die Folgen für die Konjunktur wären in einem solchen Fall verheerend. Eine ZEW-Befragung von Finanzmarktexperten gibt indessen Entwarnung.



■ Im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres tauchte ein neues Schreckgespenst für die erwünschte Konjunkturerholung in deutschen Debatten auf: die Deflation. Bezeichnet wird mit diesem Begriff ein anhaltender Rückgang des allgemeinen Preisniveaus. Dabei steht „anhaltend“ für einen längeren Zeitraum und nicht nur für vorübergehend sinkende Verbraucherpreise. Mit einem „Rückgang des allgemeinen Preisniveaus“ ist gemeint, dass ein Großteil der für die Verbraucher relevanten Preise sinkt und nicht nur einzelne Preise.

Wie realistisch ist nun aber die Gefahr einer Deflation in Deutschland? Diese Frage stellte das ZEW 320 Analysten. Deren Meinung ist beruhigend. Rund drei Viertel von ihnen halten eine Deflation in Deutschland für unwahrscheinlich. Überraschend ist dieses deutliche Ergebnis insofern, als die Deflationsdebatte vor allem unter Finanzmarktakteuren immer wieder auflebt.

Auch im Hinblick auf die Länge einer möglichen Deflation in Deutschland geben sich diejenigen Experten, die eine

Deflation für wahrscheinlich halten, optimistisch. Nach ihrer Einschätzung ist nicht wie in Japan mit Jahren der deflationären Stagnation zu rechnen. Vielmehr erwarten 48 Prozent eine Stagnation von maximal ein bis zwei Jahren und 24 Prozent sogar nur eine von wenigen Monaten.

Große Prognoseunsicherheit

Die große Streuung der Antworten bei dieser Frage unterstreicht allerdings auch die enorme Prognoseunsicherheit. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass die befragten Finanzexperten bis auf den Sonderfall Japan bisher kaum Erfahrungen mit einer Deflation haben. Diese Unsicherheit schlägt sich auch in der Einschätzung der EZB-Politik nieder. Zwar überwiegt die Ansicht, dass die EZB die Deflationsrisiken in der gesamten Eurozone angemessen berücksichtigt. Jedoch hätten sich die Währungshüter in Frankfurt sicherlich ein eindeutigeres Ergebnis gewünscht.

Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de;
Felix Hüfner, huefner@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Kapitalverteilung in EU-Regionen: Schlechte Karten für die Peripherie

Die EU will im Rahmen ihrer Regionalpolitik benachteiligte Regionen in ihren Mitgliedstaaten fördern und sie wirtschaftlich und sozial nach vorne bringen. Manche Politiker und Ökonomen befürchten jedoch, dass dieses Ziel durch die verstärkte ökonomische Integration der EU infolge der Europäischen Währungsunion gefährdet sein könnte. Diese könnte eine einseitige Spezialisierung von Regionen zur Folge haben und deren Anfälligkeit für Schocks verstärken, die sich nur auf wenige Sektoren auswirken.

■ Die europäische Integration kann durch den Abbau von Binnengrenzen und die zunehmende Kapitalmarktintegration zu einer neuen Verteilung von Arbeitskräften und Kapital in der EWU führen. Insbesondere trägt die Einführung des Euro zu einem intensiven Integrationsprozess der Kapitalmärkte in Europa bei. Die optimale Verteilung von Kapital erfolgt nun nicht mehr innerhalb der Ländergrenzen. Dies weckt Ängste, dass einseitige sektorale Strukturen entstehen oder verstärkt werden.

Im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Projekts hat man deshalb am ZEW untersucht, wie spezialisiert die europäischen Regionen sind. Dabei wurde analysiert, wie gleichmäßig Investitionen innerhalb der Regionen auf die einzelnen Sektoren verteilt sind und welche regionalen Faktoren Einfluss auf eine (un)gleichmäßige Verteilung haben. Die ZEW-Studie betrachtet die Bruttoanlageinvestitionen in den Regionen Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Belgiens sowie den drei (kleineren) Ländern Luxemburg, Irland und Dänemark. Für den Zeitraum 1985 bis 1994 wurden verschiedene Indikatoren zur Messung des Niveaus der regionalen Spezialisierung berechnet. Analysiert wurde jeweils der Grad der relativen Spezialisierung einer Region, also wie ähnlich die Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Sektoren im Vergleich zu ihrer Verteilung in der EU ist.

Die Studie zeigt, dass Regionen mit der höchsten relativen Investitionsspezialisierung im Allgemeinen geprägt sind durch eine höhere Arbeitslosenquote, einen geringeren regionalen Anteil an der nationalen Beschäftigung, eine geringere Anzahl von Patenten sowie ein

niedrigeres Niveau an Bruttoanlageinvestitionen. Aufgrund dieser deskriptiven Analyse lassen sich zwar keine kausalen Zusammenhänge herstellen. Dennoch haben offenbar Regionen mit einer gleichmäßigen Verteilung von Kapital eine bessere ökonomische Performance als Regionen mit höherer Investitionsspezialisierung. Hinzu kommt, dass die am höchsten spezialisierten Regionen häufig in der Peripherie, etwa in Südtalilien, liegen. Hoch spezialisierte Regionen, die im Zentrum eines Landes liegen (etwa die Region Brüssel oder die Île de France), sind hingegen durch eine besonders gute ökonomische Leistungsfähigkeit mit einer geringeren Arbeitslosenquote oder einer höheren Anzahl von Patenten gekennzeichnet.

Im Rahmen von ökonometrischen Analysen wurde die Signifikanz potenzieller Bestimmungsfaktoren für das regionale Spezialisierungsniveau überprüft. Je größer eine Region ist, desto ähnlicher sind die relativen Investitionsanteile. Die Größe eines Marktes (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) spiegelt das Wirtschafts- sowie das Nachfragepotential in einer Region wider. Je höher dieses ist, desto geringer ist ebenfalls die relative Investitionsspezialisierung. Neuere empirische Studien zur sektoralen Konzentration stellen einen positiven Einfluss der Marktgröße auf die räumliche Konzentration von Sektoren fest. Während Firmen also dazu neigen, sich in der Nähe großer Märkte mit hoher Nachfrage anzusiedeln (was die räumliche Konzentration von Sektoren erhöht), scheinen diese Regionen Kapital mit eher gleichmäßigen relativen Anteilen aller Sektoren anzuziehen (was die regionale Spezialisierung vermindert). Die administrativen Zentren der

betrachteten Länder – sie sind jeweils auch ökonomisch besonders bedeutsame Regionen – weisen hingegen ein signifikant höheres Niveau der relativen Investitionsspezialisierung auf.

Die Arbeitslosigkeit schließlich spiegelt die unzureichende ökonomische Leistungsfähigkeit einer Region wider. Je höher die Arbeitslosigkeit, desto stärker ist die relative regionale Spezialisierung. Je größer die Distanz einer Region zum Zentrum des jeweiligen Landes, desto stärker weicht ihre Investitionsstruktur von der durchschnittlichen Struktur ab. Randgebiete sind also stärker spezialisiert als Regionen, die näher am Zentrum gelegen sind.

Regionale Spezialisierung – Wie geht es weiter?

Zwar zeigt sich keine deutliche Zunahme des regionalen Spezialisierungsgrads über die Zeit, es ist aber ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Grad der regionalen Spezialisierung und der Kapitalverkehrsliberalisierung beziehungsweise der ökonomischen Offenheit der jeweiligen Region erkennbar. Mit der zunehmenden Integration der Märkte der EU-Länder könnte die Diversifikation der wirtschaftlichen Aktivität der Regionen weiter abnehmen. Die Regionen in der EU profitieren dann stärker von Spezialisierungseffekten wie etwa steigenden Skalenerträgen oder Wissenstransfers. Eine einseitigere Produktionsstruktur macht die Regionen aber auch anfälliger. Asymmetrische Schocks, also Störungen, die sich nur auf wenige Sektoren auswirken, träfen die Regionen zunehmend unterschiedlich. ◀

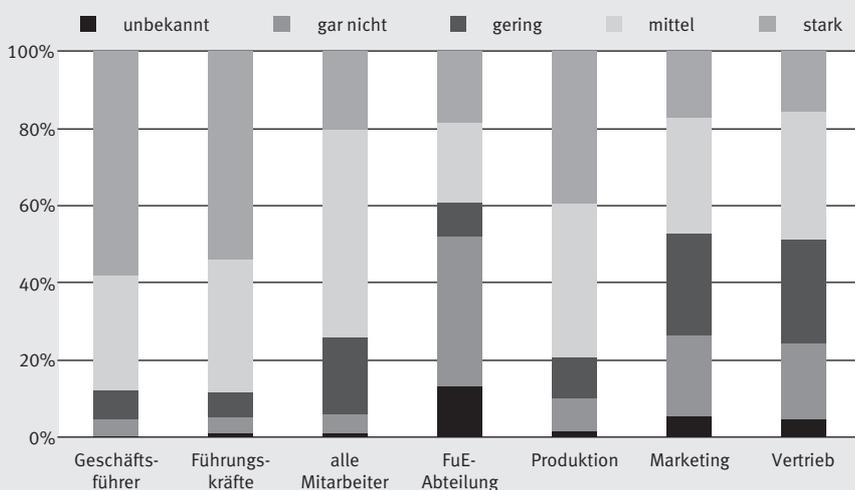
Claudia Stirböck, stirboeck@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Mehr umweltfreundliche Innovationen durch EG Umwelt-Audit-System

Eine ZEW-Studie zeigt, dass Unternehmen mit dem EG Umwelt-Audit-System mehr umweltfreundliche Innovationen durchführen. Ein Erfolgsfaktor hierfür ist die Beteiligung verschiedener Hierarchie- und Funktionsebenen im Betrieb an der Weiterentwicklung des Systems. Daher sollten Unternehmen ihr Umwelt- und Innovationsmanagement besser verzahnen. Insbesondere die FuE-Abteilung sollte an der Weiterentwicklung beteiligt werden, um produktbezogene und strategische Fragen stärker zu verknüpfen.

Beteiligung verschiedener Funktionsbereiche und Hierarchiestufen an der Weiterentwicklung von EMAS



Lesehilfe: Etwa 58 Prozent der Geschäftsführer sind stark an der Weiterentwicklung von EMAS beteiligt, etwa 30 Prozent mittel, etwa 8 Prozent gering und etwa 4 Prozent gar nicht. Quelle: ZEW

Ein wichtiges Ziel ökologischer Modernisierung ist die Ausgestaltung von Umweltpolitik in einer Weise, die umweltfreundliches Wirtschaften mit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verbindet. Eines der wichtigen Instrumente in diesem Kontext sind Standards für Umweltmanagementsysteme (UMS) wie das EG Umwelt-Audit-System (EMAS). Hiervon erhofft man sich, sowohl Prozessinnovationen zur Verbesserung der Umweltqualität bei gleichzeitiger Senkung der Kosten, etwa für Energie oder Wasser, als auch Produktinnovationen zur Entwicklung öko-effizienter Produkte und Dienstleistungen. Die Innovations- und Wettbewerbswirkungen von UMS beziehungsweise EMAS hat nun das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Berlin unter-

sucht. Die gemeinsame Studie wurde mit Mitteln des Programms „Lebensgrundlage Umwelt und ihre Sicherung“ des Landes Baden-Württemberg gefördert. Dazu wurden zwölf Tiefenfallstudien sowie Telefoninterviews mit 1.277 EMAS-Betrieben in Deutschland durchgeführt.

Umwelt- und Innovationsmanagement besser verzahnen

Die Interviews haben gezeigt, dass Unternehmen mit EMAS mehr umweltfreundliche Prozess- und Produktinnovationen und organisatorische Innovationen durchführen. Dabei hängt die Reichweite der Innovationen unter anderem von der Reife des Umweltmanagementsystems (gemessen als Alter des Systems, Anzahl der Revalidierungen sowie

der Existenz von Vorerfahrungen) ab. Ein zentraler Erfolgsfaktor für die Durchführung von Umweltinnovationen ist die Beteiligung verschiedener Hierarchie- und Funktionsebenen an der Weiterentwicklung von EMAS.

Aus diesen Ergebnissen lässt sich für die Unternehmen die zentrale Handlungsempfehlung ableiten, ihr Umwelt- und Innovationsmanagement besser zu verzahnen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dies bezieht sich sowohl auf die organisatorische Implementierung des Umwelt- und Innovationsmanagements als auch auf die praktische Einführung neuer und veränderter Prozesse und Produkte. Die Beteiligung verschiedener Hierarchie- und Funktionsebenen an der Weiterentwicklung von EMAS ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um Umweltinnovationen anzustoßen. Insbesondere sollte die FuE-Abteilung an der Weiterentwicklung beteiligt werden, um produktbezogene und strategische Fragestellungen stärker zu verknüpfen. Wie die Interviews zeigten, ist aber gerade die FuE-Abteilung in den Betrieben am wenigsten an der Weiterentwicklung von EMAS beteiligt (siehe Abbildung).

Auch für die Politik lassen sich Handlungsempfehlungen ableiten. Da zertifizierte Umweltmanagementsysteme Innovationen befördern können, sollte der Schutz öffentlicher Güter und der gesellschaftliche Nutzen von EMAS auch bei der Förderpolitik beachtet werden. Ein wichtiges indirektes Förderinstrument ist in diesem Zusammenhang die staatliche Beschaffung. Die EMAS-Betriebe fordern, ihre Teilnahme am Audit-Verfahren mit einer Bevorzugung bei der staatlichen Auftragsvergabe zu belohnen. ◀

Dr. Klaus Rennings, rennings@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Finanzierungsrestriktionen von FuE und die Rolle der Technologiepolitik

Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben in Deutschland häufig Probleme, ausreichend externes Kapital zur Finanzierung ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu beschaffen. Durch Zuschüsse oder Kreditgarantien versucht der Staat, die Finanzierungslücke zu verringern. Das ZEW hat untersucht, ob diese staatlichen Fördergelder Finanzierungsrestriktionen tatsächlich verringern.



■ Unternehmen finanzieren ihre Forschung und Entwicklung (FuE) zunächst aus internen Ressourcen (Cash-Flow). Einerseits ist die Verwendung interner Mittel mit geringeren Kosten verbunden als eine externe Kapitalbeschaffung, und andererseits sind FuE-Aktivitäten so besser geheim zu halten und vor der Konkurrenz zu schützen. Sind die internen Finanzierungsressourcen aufgezehrt, erschließen die Unternehmen externe Quellen. Dabei entsteht das Problem asymmetrischer Information: So hat zum Beispiel eine Bank keine Information über die Güte eines FuE-Projekts, und im Gegensatz zu Investitionen in Anlagegüter entsteht bei FuE-Projekten zunächst kein direkter Gegenwert, der sich besichern ließe. Daher muss der Kreditnehmer entweder andere Sicherheiten bieten oder einen entsprechenden Risikozuschlag entrichten (siehe auch Seite 1). Zusätzlich weisen so genannte „Moral Hazard“-Argumente darauf hin, dass externe Mittel im Vergleich zu internen inef-

fizient eingesetzt werden. Denn wenn es sich nicht um das eigene Geld handelt, könnten gefährdete Unternehmen versucht sein, risikoreiche Projekte durchzuführen, die großen Ertrag versprechen, die sie aber bei interner Finanzierung nicht in Angriff genommen hätten.

Aufgrund dieser Informationsasymmetrie zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer kann es für Unternehmen schwierig sein, externes Kapital für FuE zu beschaffen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die nicht kontinuierlich FuE betreiben, werden durch die Finanzierungsprobleme mitunter völlig von FuE-Aktivitäten abgeschreckt. Hier kann der Staat durch geeignete Zuschüsse oder Kreditgarantien die entstehende Finanzierungslücke verringern.

Inwieweit in den 1990er Jahren Finanzierungsrestriktionen bei KMU des verarbeitenden Gewerbes vorlagen und ob der Erhalt von staatlichen Fördergeldern diese Schwierigkeiten reduziert hat, hat das ZEW anhand von Daten des Mannheimer Innovationspanels untersucht (ZEW Discussion Paper No. 02-74). Dabei wurde die spezielle Struktur der Forschungsförderung in Deutschland genutzt, um mögliche Restriktionen zu identifizieren: Es wurden ost- und westdeutsche Firmen (bis 500 Beschäftigte) verglichen.

Durch die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft seit 1990 ist die Industriestruktur hier vornehmlich durch KMU geprägt, die im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen zum Beispiel höhere Lohnstückkosten oder einen schlechteren Marktzugang haben. Aufgrund dessen fehlt den ostdeutschen Unternehmen Cash-Flow, der aber zur Finanzierung von eigener FuE benötigt wird. Aus diesem Grund leiden sie eher unter Finanzierungsengpässen als westdeutsche Unter-

nehmen. Allerdings förderte der Staat die FuE-Aktivitäten der ostdeutschen Wirtschaft deutlich stärker. So wurden zwischen 1998 und 2000 in Ostdeutschland etwa bei einem Drittel aller Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes FuE-Aktivitäten mit öffentlichen Mitteln unterstützt (Westdeutschland 13 Prozent). Es stellt sich die Frage, inwieweit diese hohe Förderung Finanzierungsrestriktionen beim Innovationsprozess beseitigt.

Technologiepolitik reduziert Finanzierungslücken

Mikroökonomische Analysen zeigen, dass westdeutsche KMU sowohl durch ihre internen finanziellen Ressourcen als auch durch ihre externen Finanzierungsquellen eingeschränkt sind. Auch die Teilnahme an öffentlichen Programmen zur Innovationsförderung beeinflussen die FuE-Ausgaben: Die geförderten Firmen wenden mehr für FuE auf. In Ostdeutschland ist der Einfluss der Technologiepolitik aber etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Es zeigt sich allerdings auch, dass die ostdeutschen Firmen zwar durch ihre internen Ressourcen eingeschränkt sind, aber andere externe Finanzierungsmöglichkeiten anscheinend keine Rolle spielen.

Das reiche Angebot der Technologiepolitik in Ostdeutschland führt also dazu, dass die üblichen Mechanismen der Kreditmärkte bei der Finanzierung von FuE außer Kraft gesetzt werden und externe Finanzierungsrestriktionen nicht vorliegen. Obwohl die Technologiepolitik treibende Kraft für private FuE in der ostdeutschen Industrie ist, bleibt zu fragen, ob es erwünscht ist, die Bedeutung des Kapitalmarkts in diesem Maße auszuschalten. ◀

Dirk Czarnitzki, czarnitzki@zew.de

ZEW-Konferenz

Wettbewerbs- und Beschäftigungswirkung von Umweltinnovationen

■ „Putting Porter into Practice!“ Der Ruf nach einer Umsetzung der Porter-Hypothese in die politische Praxis kennzeichnete den Tenor zahlreicher Beiträge auf dem 4. Workshop des von der EU-Kommission finanzierten Netzwerks „Blueprints for an Integration of Science, Technology and Environmental Policy“ (BLUEPRINT), das vom ZEW koordiniert wird. Thema des Workshops, der im Dezember des vergangenen Jahres in der Vertretung Nordirlands in Brüssel stattfand, waren die „Wettbewerbs- und Beschäftigungswirkungen von Umweltinnovationen“.

Die kontroverse Debatte zu diesem Thema wird seit Anfang der 90er Jahre unter dem Stichwort Porter-Hypothese geführt. Damals hatte der amerikanische Ökonom Michael Porter postuliert, eine richtige Umweltpolitik stimuliere langfristig die Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, weil die Einsparung von natürlichen Ressourcen auf Dauer auch zu ökonomischen Kosteneinsparungen und zur Entwicklung neuer Produkte führe. Mit richtiger Umweltpolitik meinte Porter vor allem Instrumente, die marktnah sind und auf ökonomische Anreize setzen.

Umweltpolitik hat nur geringe Wettbewerbswirkungen

Paul Portney (Foto) von Resources for the Future eröffnete den Workshop mit einer Literaturübersicht zu den Wettbewerbswirkungen von Umweltpolitik. Diese seien gering, so der Präsident des renommierten Washingtoner Forschungsinstituts, weil Umweltkosten einen vergleichsweise geringen Anteil an den Gesamtkosten in Unternehmen ausmachen. Zudem würden in den Fällen, in denen Differenzen bei den Umweltkosten zwischen Ländern tatsächlich bestünden, diese bei der Standortwahl multinationaler Unternehmen meist nicht ausgenutzt. Die Umweltperformance der Unternehmen orientiere sich bei Direktinvestitionen im Ausland in der Regel eher an der Gesetzgebung im Heimatland als an der des Gastlandes. Dies bedeute nicht, dass der Zielkonflikt zwischen



Dr. Paul Portney, Resources for the Future

Umweltschutz und wirtschaftlichem Wachstum aufgehoben sei, er werde jedoch in der öffentlichen Debatte je nach politischer Interessenlage stark überzeichnet. Umweltschutz sei aber nicht zum Nulltarif zu haben.

Portney setzt wie Porter zur Stimulierung von Innovationen auf ökonomische Instrumente, insbesondere auf handelbare Emissionsrechte. Den von Porter beschriebenen Effekt, dass Umweltregulierung zu Innovationen führe, kritisierte Portney dagegen als Tautologie. Denn wenn der Wirtschaft beispielsweise geringere Emissionen oder ein neuer Schadstofffilter per Gesetz vorgeschrieben werde, bleibe den Unternehmen gar keine andere Wahl, als sich technologisch und organisatorisch anzupassen.

Porter in die Praxis umsetzen

Stephen White von der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission schlug vor, die Diskussion weniger darauf zu lenken, ob Porter denn nun Recht gehabt habe oder nicht. Vielmehr komme es darauf an, die Porter-Hypothese in die Praxis umzusetzen. Es seien also erstens die Bedingungen zu identifizieren, unter denen sie gelte, und zweitens Maßnahmen zu ergreifen, um diese Bedingungen zu schaffen. Alistair Fulton vom Londoner Institut Environmental Resource Management konnte hierzu

Ergebnisse einer britischen Task Force zu Innovation und Wachstum beisteuern, die für den Umweltsektor verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erarbeitet hat. Zu diesen Vorschlägen zählt vor allem die Schaffung verlässlicher politischer Rahmenbedingungen mit ökonomischen Anreizen und langfristigen politischen Zielen. Ein wichtiges Instrument sei zudem, verstärkt Umweltkriterien bei der öffentlichen Beschaffung zu berücksichtigen.

Zwei konkrete europäische Regulierungen wurden auf dem Workshop behandelt: die Integrated Pollution and Prevention Control-Direktive (IPPC) und Integrierte Produktpolitik (IPP). Don Litten, Direktor des europäischen IPPC-Büros in Sevilla, sieht die Funktion der IPPC darin, europaweit bestverfügbare Umwelttechnologien festzulegen. Erst auf dieser Basis könnten Verhandlungen über Emissionsminderungen und angemessene umweltpolitische Instrumente stattfinden. IPPC sei also noch kein Instrument, mit dem man Innovationen anregen könne, sondern schaffe erst die Informationsgrundlagen dafür. Darüber hinaus trage es zur Diffusion bekannter Technologien bei, da die im IPPC-Prozess erarbeiteten Dokumente in Regulierungen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten einfließen.

Zum Thema IPP wiesen Cynthia Wolsdorff (Audi) und Keith Harsham (BP) auf die Rolle von Marktbedingungen, Nachfrage und Kosten bei der Entwicklung ökoeffizienter Produkte und Dienstleistungen in ihren Unternehmen hin. Autos mit einem geringeren Treibstoffverbrauch würden die Konsumenten beispielsweise nur dann nachfragen, wenn sich bei sonst gleicher Qualität höhere Anschaffungspreise durch geringere Betriebskosten schnell amortisierten. Darüber hinaus gehende Verbesserungen von Umwelteigenschaften in Richtung Dreiliterauto und Einliterauto würden dagegen kaum vom Markt angenommen.

Alle Beiträge zum Workshop sind auf der Website des Netzwerks abrufbar: www.blueprint-network.net

Dr. Klaus Rennings, rennings@zew.de

ZEW-Konferenz

Flexibilisierung des Arbeitsentgelts aus ökonomischer und juristischer Sicht

■ Im November 2002 fand am ZEW die Abschlusskonferenz des von Prof. Wolfgang Franz (ZEW), Prof. Walter Oechsler (Universität Mannheim) und Prof. Volker Rieble (Universität Mannheim) geleiteten Projekts „Flexibilisierung des Arbeitsentgelts aus ökonomischer und juristischer Sicht“ statt. Das Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft drei Jahre lang finanziert und in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, bestehend aus Betriebswirten, Juristen und Volkswirten, am ZEW und an der Universität Mannheim bearbeitet.

Bei der Abschlusskonferenz stellten die Projektleiter zunächst die wichtigsten Ergebnisse zur Diskussion. In den folgenden Referaten wurden Theorien und empirische Ergebnisse zum Thema Ursachen und Konsequenzen einer mangelnden Flexibilität von Arbeitsentgelten aus personalökonomischer, juristischer und volkswirtschaftlicher Sicht vorgestellt. Anschließend folgte jeweils eine ausführliche Diskussion, die vor allen Dingen von den verschiedenen Sichtweisen der drei Disziplinen profitierte. Bei zum Teil erheblichen Unterschieden in den Methoden und den verbleibenden Unschär-

fen der empirischen Befunde kann folgendes Fazit festgehalten werden: Inflexibilitäten in den Arbeitsentgelten haben sowohl ökonomische als auch rechtliche Ursachen. Diese wirken sich theoretisch zwar keineswegs zwangsläufig negativ auf die Beschäftigung aus. Sie haben allerdings in Deutschland ein Ausmaß erreicht, das mit deutlichen negativen Konsequenzen für die Beschäftigung einher geht. Es ist daher dringend erforderlich, die Arbeitsentgelte mit Blick auf die Beschäftigung zu flexibilisieren.

Das Programm im Überblick

- Flexibilisierung des Arbeitsentgeltes aus ökonomischer und juristischer Sicht: Forschungsprogramm und Ergebnisse des DFG-Projektes, Professor Dr. Wolfgang Franz (ZEW), Professor Dr. Walter A. Oechsler (Universität Mannheim), Professor Dr. Volker Rieble (Universität Mannheim).
- Diskriminierungsverbote als Gefahr für flexible Entgeltsysteme? Professor Dr. Gregor Thüsing (Bucerius Law School, Hamburg), Korreferat: Dr. Matthias Jacobs (Universität Mainz).

- Entgeltflexibilisierung und Sozialversicherung, Dr. Martin Gutzeit (Universität Mannheim), Korreferat: Dr. Thomas Lambrich (Bucerius Law School, Hamburg).
- Lohnrigiditäten im gemischten Lohnbildungssystem, PD Dr. Friedhelm Pfeiffer (ZEW), Korreferat: PD Dr. Thomas Beissinger (Universität Regensburg).
- Tarifverträge, Lohnverteilung und Selektion, Professor Dr. Knut Gerlach und PD Dr. Gesine Stephan (Universität Hannover), Korreferat: Professor Dr. Joachim Möller (Universität Regensburg).
- Entgeltflexibilisierung und deren Grenzen in der Unternehmenspraxis – Ein Fallstudienbericht, Lars Reichmann (BASF-AG), Korreferat: Professor Dr. Manfred Becker (Universität Halle-Wittenberg).
- Anreizsysteme und Führungskräftevergütung, Professor Dr. Stefan Winter (Universität Würzburg), Korreferat: Professor Dr. Heinz Rehkugler (Universität Freiburg). ◀

Prof. Dr. Wolfgang Franz, franz@zew.de;
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Weltwirtschaft diskutiert anhand aktueller Fallbeispiele, 10.-11. März 2003, ZEW-Gebäude

Kreditprodukte: Neuester Stand und Entwicklungen am Rentenmarkt, 12. März 2003, ZEW-Gebäude

Verrechnungspreise, 13. März 2003, ZEW-Gebäude

Präsentationen individuell gestalten, 17.-18. März 2003, ZEW-Gebäude

Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren, 18. März 2003, ZEW-Gebäude

Zeitreihenanalytische Verfahren in der angewandten Makroökonomie, 19. März 2003, ZEW-Gebäude

Intensiv-Workshop: Finanzmarkt-Ökonometrie, 21. März 2003, ZEW-Gebäude

Internet-Umfragen: Moderne Datenerhebungstechnik im Zeitalter des WWW, 26. März 2003, ZEW-Gebäude

Neue Entwicklungen in Finanzverfassung und Finanzausgleich, 28. März 2003, Räume der BASF, Charlottenstraße 59, Berlin

Finanzmarkt-Ökonometrie, Teil 1: Grundlagen, 5.-6. Mai 2003, ZEW-Gebäude

Familiengerechte Personalpolitik, 8. Mai 2003, ZEW-Gebäude

Der richtige Umgang mit Marktdaten – Grundkurs Marktforschung, 12. Mai 2003, ZEW-Gebäude

Der richtige Umgang mit Marktdaten – Aufbaukurs Marktforschung, 13. Mai 2003, ZEW-Gebäude

EU-Forschungsförderung: Eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen, 14. Mai 2003, ZEW-Gebäude

Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt, 15. Mai 2003, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email pauli@zew.de

Wirtschaftspolitik aus erster Hand

Wie finanziert man Spitzenuniversitäten?

Am 12. Februar sprach Prof. Dr. Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, am ZEW zum Thema „Wie finanziert man Spitzenuniversitäten? Zukunftsfähige Modelle in Zeiten sinkender Staatseinnahmen“. ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz konnte rund 200 Gäste zu dieser Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ begrüßen.

Wichtige Qualitätsmerkmale seien das Abschneiden der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt und Hochschrankings.

Berufungspolitik muss Exzellenz widerspiegeln

Fünf Kriterien zeichnen nach Meinung des Ministers Spitzenuniversitäten aus: eine klare Profilierung der Hochschule im Wettbewerb, das Führen der Hochschule

verträgen sei nicht nachvollziehbar. Frankenberg schlug vor, den BAT durch einen Wissenschaftstarifvertrag zu ersetzen.

Eine weitere wichtige Frage sei, wie eine Universität gute Studenten gewinnen könne. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) sei hierzu kein adäquater Weg. Das Land Baden-Württemberg gehe in der Kultusministerkonferenz daher gegen die Studienplatzvergabe über die ZVS vor. In Baden-Württemberg könnten sich die Universitäten ihre Studenten mittlerweile zu 90 Prozent selbst aussuchen. Es sei auch möglich, nicht geeignete Bewerber abzulehnen, selbst wenn noch Studienplätze frei seien. Dies sei zwar neu in Deutschland, Frankenberg wertete es aber als Mindestvoraussetzung für eine Spitzenuniversität, um tatsächlich die besten Studenten rekrutieren zu können.



Minister Frankenberg bei seinem Vortrag am ZEW

Die deutschen Universitäten, so Frankenberg, befänden sich im internationalen Vergleich auf einem mittleren Niveau, die einzelnen Hochschulen unterschieden sich nur wenig hinsichtlich der Qualität voneinander. In den USA etwa gebe es weit größere Unterschiede zwischen den „guten“ und den „schlechten“ Universitäten als in Deutschland. Es gebe dort weit schlechtere Universitäten als in Deutschland, aber eben auch Spitzenuniversitäten. Die Frage sei, ob man sich in einem öffentlichen System wie in Deutschland ebenfalls Spitzenuniversitäten leisten könne.

Was zeichnet Spitzenuniversitäten nun aber aus? Spitzenforschung sei relativ einfach zu erkennen, meinte Frankenberg. Wichtig sei beispielsweise die Zahl der Forschungspreise, der Veröffentlichungen in referierten Journals und der Stipendien oder die Höhe der eingeworbenen Drittmittel. Exzellenz in der Lehre sei hingegen schwieriger zu definieren.

nach unternehmerischen Grundsätzen, ein durchgängiges Qualitätsmanagement bei Forschung und Lehre, Exzellenz bei der Erfüllung der Aufgaben sowie eine hierauf ausgerichtete Berufungspolitik. Eine Universität, die sich von der Masse abheben wolle, müsse sich „Leuchttürme“ leisten, also versuchen, wissenschaftlich herausragende Professoren zu berufen. Hierbei sei nicht nur wichtig, dass exzellente Professoren eher an Universitäten gingen, an denen bereits andere exzellente Professoren lehrten, sondern auch die Vergütung spiele eine wichtige Rolle. Die Dienstrechtsreform des Bundes reiche hier nicht aus, um entsprechende Spielräume zu schaffen.

Wesentlich für eine Spitzenuniversität sei auch der wissenschaftliche Nachwuchs. Hier müsse verstärkt international rekrutiert werden. Der Bundesangestelltentarif (BAT) stehe einer längeren Bindung exzellenter Nachwuchskräfte im Wege. Vor allem das Verbot von Ketten-

Staatliche Finanzierung nicht ausreichend

Zum Schluss seines Vortrags wandte sich Frankenberg der Frage zu, wie Spitzenuniversitäten finanziert werden könnten. Allein die staatlichen Mittel reichten hierzu nicht aus, vor allem, da auf absehbare Zeit nicht mit einer Erhöhung der Ausgaben im Hochschulbereich zu rechnen sei. Weitere Gelder sollten die Universitäten über Drittmittel, die stärkere Vermarktung von Patenten und Lizenzen oder Weiterbildung sowie über Zuwendungen von Alumni beschaffen.

Eine Diskussion über die Finanzierung von Hochschulen sei immer auch eine Diskussion über Studiengebühren. Das Land Baden-Württemberg klagte gegen das derzeit bestehende Verbot von Studiengebühren, weil dies Sache der Länder sei und das Land Baden-Württemberg die Finanzierung brauche. Frankenberg sprach sich aber gegen einheitliche Studiengebühren für alle Universitäten aus. Zur Finanzierung von Spitzenuniversitäten sei eine Differenzierung vielmehr unumgänglich. Wer viel biete, solle auch höhere Gebühren verlangen können. Außerdem forderte er, Spenden an Universitäten steuerlich zu begünstigen. ◀

Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW-Intern

Professor Dr. Wolfgang Franz in Sachverständigenrat berufen

Der Präsident des ZEW, Prof. Dr. Wolfgang Franz, ist neues Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Er folgte am 1. März 2003 Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Siebert, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, der aus dem Sachverständigenrat ausschied. Franz, hatte dem Sachverständigenrat bereits in den Jahren von 1994 bis 1999 angehört.



Professor Dr. Wolfgang Franz

Lehrstuhlvertretung für PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, Wissenschaftler im ZEW-Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“, wird im Sommersemester 2003 die Vertretung des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik und Wirtschaftspolitik, an der Universität Mannheim übernehmen.

ZEW-Neuerscheinungen

■ Dokumentationen

Jacobs, Otto H.; Schreiber, Ulrich; Spengel, Christoph; Gutekunst, Gerd; Lammersen, Lothar: *Stellungnahme zum Steuervergünstigungsabbaugesetz und zu weiteren steuerlichen Maßnahmen*, Nr. 03-01.
Egeln, Jürgen; Gottschalk, Sandra; Rammer, Christian; Spielkamp, Alfred: *Spinoff-Gründungen aus der öffentlichen Forschung in Deutschland*, Nr. 03-02.

■ Discussion Papers

Beise, Marian; Rennings, Klaus: *Lead Markets of Environmental Innovations: A Framework for Innovation and Environmental Economics*, No. 03-01.
Schüler, Martin: *How Do Banking Supervisors Deal with Europe-Wide Systemic Risk?*, No. 03-03.
Lutz, Stefan; Talavera, Oleksandr: *Do Ukrainian Firms Benefit from FDI*, No. 03-05.

Lööf, Hans: *Dynamic Optimal Capital Structure and Technological Change*, No. 03-06.

Lööf, Hans; Heshmati, Almas: *The Link Between Firm-Level Innovation and Aggregate Productivity Growth*, No. 03-07.
Böhringer, Christoph; Lange, Andreas: *On the Design of Optimal Grandfathering Schemes for Emission Allowances*, No. 03-08.

ZEW Economic Studies

Elke Wolf

What Hampers Part-Time Work?

Die Untersuchung befasst sich mit den Bedingungen, zu denen Teilzeitarbeit in Deutschland angeboten wird, und analysiert, welches Potenzial es in Deutschland für eine Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung gibt. Zwei zentrale Hindernisse für die Teilzeitarbeit in Deutschland werden diskutiert: zum einen die Lohnstruktur und ihre Auswirkungen auf das Arbeitsangebot, zum anderen der Mangel an Stellenangeboten für Teilzeitbeschäftigte. Die Niederlande, die für den weltweit größten Anteil an Teilzeitbeschäftigten bekannt sind, werden als Vergleichsmaßstab für die deutsche Situation herangezogen.

ZEW Economic Studies, Band 18, Physica Verlag, Heidelberg/New York, ISBN 3-7908-0006-6

Paolo Cecchini, Friedrich Heinemann, Mathias Jopp (Hrsg.)

The Incomplete European Market for Financial Services

Der unvollständige Markt für Finanzdienstleistungen in Europa, die Hindernisse, die einer stärkeren Finanzmarktintegration entgegenstehen, und der potenzielle Nutzen einer solch stärkeren Integration sind Gegenstand dieser Publikation. Die Studie stellt eine Fortschreibung des Finanzmarktkapitels im berühmten Cecchini-Report „The Cost of Non-Europe“ von 1988 dar. Selbst im Euro-Zeitalter sind die europäischen Finanzmärkte für das Privat- und Firmenkundengeschäft stark fragmentiert und die Verbraucher zahlen einen hohen Preis für diese Fragmentierung. Die Fragmentierung der europäischen Finanzmärkte kann auf natürliche und politische Gründe zurückgeführt werden. Priorität haben in Bezug auf eine stärkere Finanzmarktintegration in Europa der Abbau von Steuerhindernissen sowie die weitere Harmonisierung von Verbraucherschutz und Finanzmarktaufsicht.

ZEW Economic Studies, Band 19, Physica Verlag, Heidelberg/New York, ISBN 3-7908-0013-9

Die ZEW Economic Studies können auch im Internet bestellt werden: www.springer.de/economics

ZEW-Neuerscheinungen

Wolfgang Franz: Arbeitsmarktökonomik

Dieses Standardwerk bietet die für den deutschsprachigen Raum wohl umfassendste Darstellung des Arbeitsmarktgeschehens. Ein besonderes Gewicht liegt auf der engen Verzahnung von theoretischen und empirischen Analysen unter Berücksichtigung des institutionellen Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt und verbunden mit wirtschafts-, insbesondere arbeitsmarktpolitischen Handlungsalternativen. Das Problem der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung nimmt hierbei einen besonders breiten Raum ein. Zahlreiche Fallbeispiele stellen Bezüge zu aktuellen Entwicklungen her. Wichtige Fakten und ihre Erfassung – wie etwa in der Arbeitslosenstatistik – werden ausführlich dargestellt und diskutiert.

5. Auflage, Springer Verlag, Berlin/Heidelberg/New York, 2003, ISBN 3-540-00359-2

Dieses Buch kann auch online bestellt werden: www.springer.de



ZEW Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW

Norbert Janz und Georg Licht (Hrsg.)

Innovationsforschung heute – Die Mannheimer Innovationspanels

Eine Innovationsorientierung der Unternehmensstrategien ist in Zeiten zunehmenden Wettbewerbsdrucks unerlässlich. Damit Innovationspotenziale optimal genutzt werden können, muss die Wirtschafts-, Innovations- und Bildungspolitik innovationsfördernde Rahmenbedingungen schaffen. Dazu bedarf es eines theoretisch fundierten und empirisch belegten Wissens über das Innovationsverhalten der Unternehmen und die resultierenden Wirkungen. Die Innovationsforschung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat im vergangenen Jahrzehnt einen großen Beitrag zur Erweiterung des vorhandenen Wissens geleistet. In fünf Beiträgen fasst der vorliegende Band den Stand der Innovationsforschung zusammen, die sich auf die vom ZEW bereitgestellten Unternehmensdatenbanken stützt. Schwerpunkte sind die Bestimmungsfaktoren der Innovationstätigkeit und deren Vernetzung, der Innovationserfolg und die Aneignung von Innovationserträgen, die Beschäftigungswirkungen von Innovationen sowie die Besonderheiten von Innovationen im Dienstleistungssektor.

Band 63, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2003,

ISBN 3-7890-8361-5

Michael Schröder und Peter Westerheide (Hrsg.)

Finanzmärkte, Unternehmen und Vertrauen – Neue Wege der internationalen Konjunkturübertragung

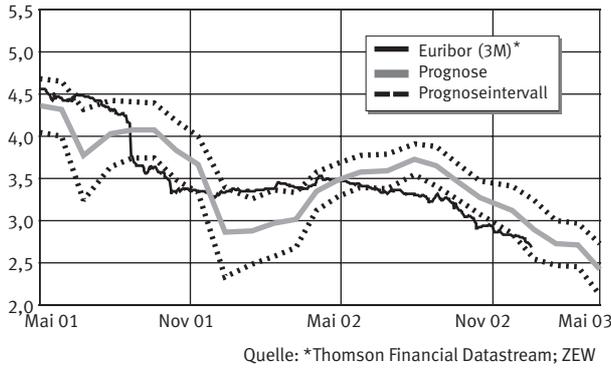
Der jüngste konjunkturelle Einbruch hat die Diskussion über die internationale Übertragung von Konjunkturschwankungen neu belebt. Die rapide Korrektur der spekulativen Übertreibungen an den Aktienmärkten hat auf die enge Verbindung zwischen dem amerikanischen und den europäischen Finanzmärkten aufmerksam gemacht. Wie die massive Verunsicherung von Konsumenten und Investoren zeigt, werden auch Konsumentenvertrauen und Geschäftsklima über die Ländergrenzen hinweg beeinflusst. Diese Entwicklungen lassen vermuten, dass neben den traditionellen Transmissionswegen konjunktureller Impulse – Außenhandel, Wechselkurse und internationaler Zinszusammenhang – die Übertragung über die Finanzmärkte, über die internationalen Verflechtungen im Unternehmenssektor und über den Vertrauenskanal eine zunehmend wichtigere Rolle spielen könnte. Die Beiträge dieses Sammelbands analysieren solche Übertragungsmechanismen theoretisch und empirisch. Vergleichend wird außerdem die Bedeutung des traditionellen Außenhandelskanals für die Konjunkturübertragung untersucht. Aus den Ergebnissen werden wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen abgeleitet, die auf eine stärkere Immunisierung gegen die internationale Konjunkturübertragung abzielen.

Band 64, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2003, ISBN 3-7890-8371-2

Die ZEW Wirtschaftsanalysen können auch online bestellt werden: www.nomos.de

Daten und Fakten

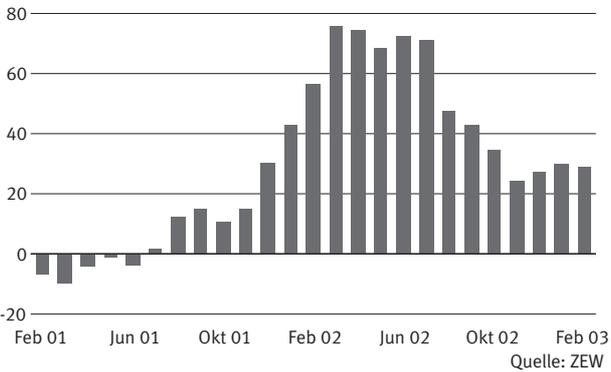
ZEW-Finanzmarkttest im Februar



Erwartungen auf Leitzinssenkung verfestigt

Im Februar rechnen bereits 60,6 Prozent der 320 befragten Finanzexperten mit einer neuerlichen Zinssenkung der EZB (Januar: 48,3 Prozent). Daraus errechnet sich eine Prognose von 2,4 Prozent für den Drei-Monats-Euribor im Mai 2003. Dies würde einen kleinen Zinsschritt der EZB um 25 Basispunkte implizieren. Begründen lassen sich diese Einschätzungen mit den geringen Inflationserwartungen. Die Ölpreise befinden sich auf einem so hohen Niveau, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten (68,8 Prozent) mittelfristig einen Rückgang erwartet. Auch die Prognose für den Dollar bleibt aufgrund der Kriegsgefahr schwach (Prognose 1,09 Dollar/Euro) und dämpft den Preisauftrieb.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

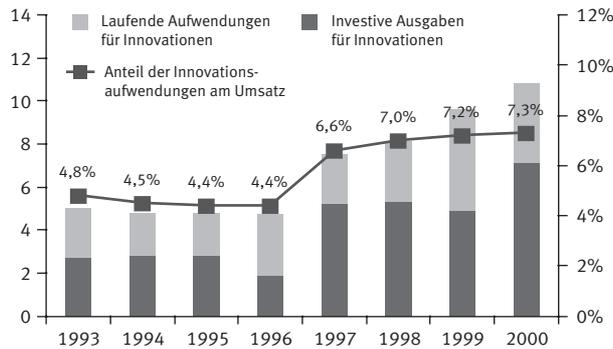


Konjunktur im Euroraum: Hoffen und Bangen

Der Indikator für die Konjunkturerwartungen im Euroraum ist im Februar geringfügig gesunken und steht nun bei 28,7 Punkten nach 29,9 Punkten im Vormonat. Damit liegen die Konjunkturerwartungen weiterhin unterhalb ihres historischen Mittelwertes von gut 41 Punkten. Insbesondere die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Irakkrise stehen derzeit einem optimistischeren Ausblick entgegen. Auch an den europäischen Aktienmärkten schlägt sich die Stimmung zwischen Hoffen und Bangen nieder und führt zu sinkenden Kursen. Hoffnung schöpfen die befragten Finanzanalysten jedoch aus der Erwartung, dass die EZB die Leitzinsen im Euroraum in absehbarer Zeit senken könnte.

Felix Hüfner, huefner@zew.de

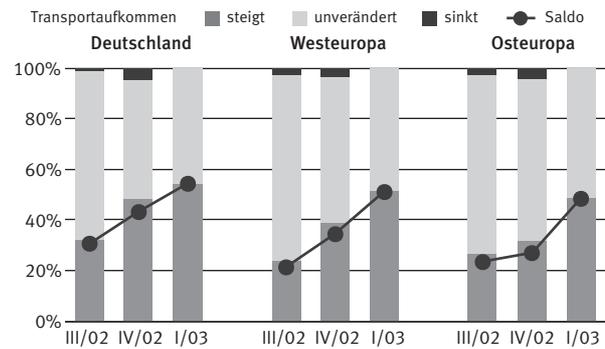
Elektrotechnik: Innovationsbudgets deutlich ausgeweitet



Die Unternehmen der Elektroindustrie haben ihre Innovationsbudgets im Jahr 2000 um beachtliche 1,3 Milliarden Euro (+ 13 Prozent) aufgestockt. Mit 10,8 Milliarden Euro gab die Branche damit erstmals mehr als zehn Milliarden Euro für Innovationsprojekte aus. Das Wachstum der Innovationsaufwendungen lag sogar über dem ebenfalls hohen Umsatzwachstum der Branche. Der Anteil der Innovationsaufwendungen am Umsatz stieg von 7,2 auf 7,3 Prozent. Die Unternehmen der Elektroindustrie wollen auch in Zukunft auf Innovationen setzen. Sie planen für 2001 Innovationsaufwendungen von mehr als elf Milliarden Euro.

Tobias Schmidt, schmidt@zew.de

Experten erwarten deutliche Preissteigerungen im Kurier-, Express- und Paketdienst (KEP)



Keiner der Experten des GLS TransportmarktBarometers von Prognos/ZEW geht für das erste Quartal 2003 von sinkenden Preisen im KEP-Markt aus; rund die Hälfte jedoch von steigenden Frachtraten. Aufgrund der unsicheren weltwirtschaftlichen Lage stieg der Rohölpreis in den vergangenen Wochen deutlich und führte in den „vorgelagerten Transportmärkten“ zu Preissteigerungserwartungen. 52 Prozent der Experten rechnen in der europäischen Luftfracht mit steigenden Preisen, zwischen 50 und 60 Prozent im Straßengüterverkehr und rund 30 Prozent im Bahnverkehr. Dennoch rechnen per Saldo rund 30 Prozent der Experten mit steigenden Aufkommen.

Georg Bühler, buehler@zew.de



standpunkt

Geier Sturzflug

Vor rund zwanzig Jahren stürmte die Band „Geier Sturzflug“ mit einem Schlager die westdeutschen Hitparaden, dessen Refrain lautete: „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt“. In der Öffentlichkeit wurde dieses Lied als „Wendehit“ apostrophiert, was immer damit im Einzelnen gemeint gewesen sein mag, obwohl man es wohl genauso gut als Attacke gegen die Leistungsgesellschaft hätte interpretieren können. Wie auch immer, vielleicht versuchte die Band eine (latent vorhandene) Aufbruchstimmung einzufangen oder zu vermitteln, ob zu Recht, kann im vorliegenden Zusammenhang dahingestellt bleiben. Denn die Intention der seinerzeitigen Liedermacher steht in krassem Gegensatz zu der einer „Gerd Show“, welche derzeit in hiesigen Schlagerhitlisten dominiert, und die sich eher des Mittels der Herabsetzung eines führenden Politikers bedient.

Wäre – wie seinerzeit – ein Schlager mit ähnlich eingängiger Melodie, der dazu aufruft, die allseits als dringlich angemahten Reformen nun endlich in Angriff zu nehmen, nicht des Schweißes der zuständigen Edlen wert? Im Ernst: Es ist kein Zeichen übertriebener Ungeduld, wenn die Leute des Einsetzens von Kommissionen und des Anfertigen von Reformpapieren überdrüssig werden, so hochrangig und sachverständig diese Expertengruppen auch immer sein mögen, die sich indessen mehr und mehr mit dem Problem konfrontiert sehen, fast jedes Mal das Rad neu erfinden zu sollen. Denn zu nahezu allen Reformprojekten liegt eine Reihe von ausgearbeiteten Gutachten vor, verfasst von angesehenen und fachlich ausgewiesenen Gremien: Sachverständigenräte, Wissenschaftliche Beiräte, Kronberger Kreis, Enquete-Kommissionen, etc. Teilweise überschneiden sich die Mitgliedschaften einzelner Personen in früheren und neuen Kommissionen. Mit anderen Worten: Es sind meist die „üblichen Verdächtigen“, deren Namen immer wieder genannt und deren Leidensfähigkeit mitunter aufs Neue strapaziert wird, denn diese Tätigkeit ist nicht selten alles andere als vergnügungssteuerpflichtig, um es einmal salopp zu formulieren.

Nein, jetzt muss die Politik „in die Hände spucken“, bildlich gesprochen, bitte schön. Unter Zuhilfenahme des oft exzellenten Fachwissens in den Ministerien, dessen sich die Politik, zumindest aber die Regierung, bedienen sollte, müssen die unterschiedlichen Reformvorschläge in einer Synopse zusammengefasst und ihre spezifischen Vorzüge und Nachteile herausgearbeitet und bewertet werden. Dazu mag es sinnvoll sein, deren Autoren (nochmals) anzuhören, aber das ist es dann auch. Fortan muss die Politik entscheiden und mit der Umsetzung beginnen.

Gewiss: Eine durchgreifende Reformpolitik wird Heerscharen von Bedenkenträgern und Besitzstandswahrern auf den Plan rufen, die schon beim ersten Hauch eines Reförmchens Zeter und Mordio schreien. Aber: Dem muss sich die Bundesregierung stellen, um dem geleisteten Amtseid Rechnung zu tragen, nämlich „... meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, ...“ (Artikel 56 Grundgesetz). Nicht völlig abwegig wäre es, kleine Anleihen bei Mrs. T. zu nehmen, denn warum soll es nur eine „eiserne Lady“ geben. Hierbei sei allerdings von der Einführung einer Kopfsteuer als Gemeindesteuer abzuraten, die – wiewohl ökonomisch in diesem Fall gut begründbar – Mrs. T. politisch den Kopf gekostet hat. Vielleicht könnte die Bundesregierung den Reformwiderstand einiger Gruppen zudem durch das Versprechen aufweichen, die Reform, soweit dies möglich ist, auf Probe einzuführen, das heißt, sie nach einer angemessenen Zeit – fünf bis zehn Jahre – erneut im Parlament zur Abstimmung zu stellen.

Warum geht mir bloß die Melodie nicht aus dem Sinn: „Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, ...“?

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher